



# HESSISCHER LANDTAG

13. 03. 2024

INA

## Berichts Antrag

**Sandra Weegels (AfD), Bernd Erich Vohl (AfD), Pascal Schleich (AfD), Klaus Gagel (AfD), Arno Enners (AfD), Dimitri Schulz (AfD), Olaf Schwaier (AfD) und Dr. Frank Grobe (AfD)**

### **Straßenumbenennungen zugunsten Nazi-Gefolgsleuten in der Ukraine**

Nach Presseberichten wurden sowohl in den ukrainischen Städten Nikopol in der Region Dnepr, als auch in Schytomyr und in Kanev (Region Tscherkassy) Straßen zugunsten von Nazi-Gefolgsleuten aus dem Zweiten Weltkrieg umbenannt. In Kiew blieb es bei dem Versuch, eine Straße umzubenennen. Der Abgeordnete Maxim Buzhansky der Werchowna Rada der Ukraine befürchtet nun laut einem Pressebericht vom 04.03.2024, dass, wenn die Fälle der Zuordnung von Toponymen der Nazi-Kriegsverbrecher an die Öffentlichkeit der westlichen Länder kommen sollten, dies zu Skandalen führen könnte. So kommentierte der Abgeordnete in seinem Telegram-Kanal die Entscheidung des Stadtrates von Nikopol. Er fügte hinzu, dass jemand dem Stadtrat von Nikopol erklären sollte, dass „die abscheuliche Legalisierung der Nazis die Aufmerksamkeit unserer westlichen Partner auf sich ziehen könnte“.

Im Einzelnen: Ende des Jahres 2023 wurde die Michail-Kutusow-Straße in Nikopol in Stephan-Bandera-Straße umbenannt (<https://de.topwar.ru/232962-v-ukrainskom-gorode-nikopol-pereimenovali-ulicu-kutuzova-v-ulicu-bandery.html>).

Über Stephan Bandera ist auf Wikipedia zu lesen, dass er im Jahre 1934 in Polen wegen der Ermordung des polnischen Innenministers Bronisław Pieracki verurteilt wurde, jedoch nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wieder freikam. Er arbeitete anfangs mit der deutschen Wehrmacht zusammen und seine OUN-B-Milizen übernahmen nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Lemberg teilweise die Polizeigewalt. Sie trugen maßgeblich zu den Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung bei und bereiteten unter anderem Verhaftungen und Massenerschießungen vor.

Anfang des Jahres 2024 beschloss der Stadtrat der Stadt Nikopol, die Pawlogradskaja-Straße zugunsten des Hitler-Gefolgsmannes Pjotr Djatschenko umzubenennen (<https://www.agenzia-nova.com/de/news/Ukraine-in-Nikopol-eine-Stra%C3%9Fen-nach-Djatschenko-Mitglied-der-SS-Division-Galizien-benannt-ist/>).

Pjotr Djatschenko hingegen war ein Mitglied der SS-Division „Galizien“ und Kriegsverbrecher, der für seine Verbrechen während des Holocaust als solcher anerkannt wurde. Der Fall der Straßenumbenennung wurde vom Vorsitzenden des Vereinigten Jüdischen Komitees der Ukraine angeprangert, der daran erinnerte, dass Djatschenko von Adolf Hitler selbst für Verbrechen, die insbesondere gegen Juden begangen wurden, mit dem „Eisernen Kreuz“ ausgezeichnet wurde. Als er zu diesem Thema befragt wurde, sagte der Bürgermeister von Nikopol, Alexander Sayuk, dass er an der Entscheidung nicht beteiligt gewesen sei.

Bereits im Frühjahr 2023 sollte in Kiew eine Straße nach dem SS-Gefolgsmann Wolodymyr Kubijowytch umbenannt werden. Nach Gesprächen zwischen dem Botschafter von Israel und Bürgermeister Vitali Klitschko wurde diese nicht umgesetzt. Es wurde in einer Volksabstimmung die Umbenennung von vielen Straßen in Kiew abgestimmt. Für die Umbenennung in Kubijowytch hatten 31 % der Kiewer Bürger gestimmt (<https://express.at/juedischer-protest-kiew-will-strasse-nach-waffen-ss-offizier-benennen/>).

Auch im Fall Kiew, der Wolodymyr-Kubijowytch-Straße, war es der Vorsitzende des Vereinigten jüdischen Komitees der Ukraine, der dies gegenüber der „Jerusalem Post“ zum Ausdruck brachte.

Wolodymyr Kubijowytsch war maßgeblich an der Bildung der Waffen-SS Galizien beteiligt. Der ukrainische Nationalist war ein glühender Befürworter der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN-M). Er forderte im April 1941 unter anderem die Schaffung eines autonomen Staates innerhalb der Ukraine, in dem weder Polen noch Juden leben sollten.

Im Jahr 1943 übernahm Kubijowytsch eine Schlüsselrolle bei der Bildung der Waffen-SS Galizien und erklärte öffentlich seine Bereitschaft, zu den Waffen zu greifen und für die Nazis zu kämpfen.

Weitere Fälle soll es in der Stadt Schytomyr im September 2023 gegeben haben: Die Straße Tschkalow-Gasse wurde umbenannt in Ulas Samtschuk. Ulas Samtschuk wurden vom Spitznamen her „Goebbels von Wolyn“ genannt. Er war Verleger und Herausgeber der antisemitischen Zeitung Wolyn, Hitler-Bewunderer und Befürworteter der deutschen Besatzung. Er rechtfertigte die Ermordung von 6.000 jüdischen Kindern. Samtschuks Zeitung hat die Ermordung von 150.000 Juden (Babij Jar) im Jahr 1941 als „einen großen Tag“ bezeichnet.

Ebenfalls hat die Stadtverwaltung in Kanev (Region Tscherkassy) den Straßennamen des Nobelpreisträgers Iwan Buri gestrichen und in Ulas Samtschuk geändert.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Existiert in der ukrainischen Verwaltung und in den Exekutivorganen national-sozialistisches oder antisemitisches Gedankengut?
2. Wird die Landesregierung den ukrainischen Generalkonsul um eine Stellungnahme bitten oder hat sie es bereits getan?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Straßenumbenennungen zugunsten von Unterstützern des Nazis-Regimes vor dem Hintergrund der hessischen Unterstützung der Ukraine?
4. Wird die Landesregierung den Sachverhalt mit jüdischen Organisationen in Hessen thematisieren?

Wiesbaden, 13. März 2024

**Sandra Weegels  
Bernd Erich Vohl  
Pascal Schleich  
Klaus Gagel  
Arno Enners  
Dimitri Schulz  
Olaf Schwaier  
Dr. Frank Grobe**